

Deutscher Bundestag: Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten. Drucksache 16/6519. Berlin 2007

Engels, Dietrich; Leucht, Martina; Machalowski, Gerhard: Evaluation des freiwilligen sozialen und des freiwilligen ökologischen Jahres. Wiesbaden 2008

Hans, W.: Bemerkungen zum Gesetz zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres. In: Zeitschrift für Sozialhilfe 11/1964, S. 273-279

Harrer, Manfred; Haberland, Jürgen: Zivildienstgesetz – Kommentar mit ergänzenden Vorschriften, 4. Auflage 1992 Nr. 2 zu § 14 ZDG. Opladen 1992

Jakob, Gisela: Freiwilligendienste zwischen Staat und Zivilgesellschaft. In: Soziale Arbeit 12/2011

Meier, Johannes: Auswirkungen des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres auf die Sozialversicherung. In: Bundesarbeitsblatt 17/1964, S. 554-556

Sander, Else: Bundesgesetz zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres. In: Zeitschrift für das Fürsorgewesen 20/1964, S. 306-307

ALLGEMEINES

Repressionen gegen Sozialarbeit in Ungarn. Seit in Ungarn die nationalkonservative Fidesz und die rechts-populistische KDNP regieren, wird der Staat umgebaut. Die repressiven Maßnahmen gegen von Armut betroffene Menschen gipfelten jetzt in der Verordnung, das Durchsuchen von Müll nach verwertbaren Lebensmitteln und Gegenständen als Ordnungswidrigkeit zu verfolgen. Dagegen haben ungarische Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen friedlich demonstriert und sind daraufhin verfolgt worden. Der Kollege Norbert Ferencz wurde zu drei Jahren Haft verurteilt. Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) protestiert gemeinsam mit vielen anderen europäischen Verbänden auf das Schärfste gegen die Repressalien, denen die Kollegen und Kolleginnen in Ungarn ausgesetzt sind. Der internationale Ethikkodex der Profession Soziale Arbeit verpflichtet alle Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, negativer Diskriminierung, ungerechten politischen Entscheidungen, Praktiken und sozialen Bedingungen entgegenzutreten, die zu sozialem Ausschluss, Stigmatisierung oder Unterdrückung führen. Dieses den Menschenrechten verpflichtete Handeln darf nicht zur Verfolgung führen. Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit fordert die internationale Ächtung der ungarischen Verwaltungs- und



Wir bringen Licht ins Dunkel.

Zum Beispiel beim Online-Zahlungsverkehr.

Zeitsparend, sicher und unkompliziert.
Für unterschiedliche Transferwege Ihrer
Zahlungsaufträge. Mit verschiedenen
Programmen. Sprechen Sie mit uns.
Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

www.sozialbank.de

Berlin · Brüssel · Dresden · Erfurt · Essen · Hamburg
Hannover · Karlsruhe · Köln · Leipzig · Magdeburg
Mainz · München · Nürnberg · Rostock · Stuttgart



Bank
für Sozialwirtschaft

Strafrechtsgesetzgebung, die eine auf der von Ungarn ratifizierten Erklärung der Menschenrechte basierende Ausübung des Berufs der Sozialen Arbeit unter Strafdrohung stellt, und verlangt die sofortige Aufhebung der Verurteilung des Sozialarbeiters Norbert Ferencz.
Quelle: Pressemitteilung des DBSH vom 12.11.2011

Kostenlose Suchmaschine für Stiftungen. Der Bundesverband Deutscher Stiftungen hat eine kostenlose Suchmaschine für Stiftungen mit erweiterten Filtern und in neuem Layout vorgestellt. Unter der URL www.stiftungen.org/suche lassen sich rund 8 300 Einträge von Stiftungen abrufen. Die Angaben basieren auf einer flächendeckenden, freiwilligen Befragung von über 20 000 Stiftungen für das Standardwerk Verzeichnis Deutscher Stiftungen. Die Detailseite der Stiftungssuche informiert über Namen, Anschrift, Zweck und Internetseite der Stiftung. Zu den möglichen Filterkriterien zählen Aufgabenbereiche, Bundesländer, Postleitzahlen, Orte und die Verwirklichungsart (fördernd oder operativ). Stiftungen, bei denen keine Anträge möglich sind, können von vornherein ausgeschlossen werden. Gezielt lassen sich zudem Stiftungen anzeigen, die offen für Zustiftungen und Spenden sind. Alle Datensätze sind im Volltext durchsuchbar. Die nach Relevanz sortierte Trefferliste bietet bereits auf der Übersichtsseite ein Kurzporträt. In vielen Fällen enthält die Detailseite zusätzlich aktuelle News, Termine und Stellenangebote der Stiftung. Dieses kostenlose Angebot ermöglicht es allen Stiftungen, eigene Informationen selbst und unter ihrem Namen einzustellen. Bundesweit gibt es über 18 100 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts, von denen mehr als 70 % nach 1989 errichtet wurden. Jedes Jahr geben sie für satzungsgemäße Zwecke zirka 17 Mrd. Euro aus. *Quelle: Rundbrief 11.2011 – Infodienst des PARITÄTISCHEN Bremen vom 28.11.2011*

Gesetz für Frauenhilfetelefon. Der Bundestag hat den Gesetzentwurf zur Einrichtung des Frauenhilfetelefons beschlossen. Das neue Hilfetelefon ergänzt bestehende Beratungsangebote besonders für diejenigen Gewaltopfer, für die der Weg in eine Beratungsstelle körperlich, sprachlich oder kulturell bedingt eine große Hürde darstellt: etwa Frauen mit Migrationshintergrund, Opfer von Menschenhandel und Zwangsverheiratung oder Frauen mit Behinderung. Das Telefon soll neben den betroffenen Frauen auch Menschen aus ihrem sozialen Umfeld und Personen zur Verfügung stehen, die beruflich oder ehrenamtlich mit Gewaltopfern zu tun haben. Unter einer bundesweit einheitlichen Rufnummer werden qualifizierte Beraterinnen kostenlose, vertrauliche und bei Bedarf mehrsprachige Beratung anbieten und an Anlaufstellen vor Ort vermitteln. Das Hilfeangebot wird barrierefrei sein. Im Laufe des kommenden Jahres werden die Beraterinnen eingestellt, eine Datenbank wird als Grundlage für die Weitervermittlung der Frauen zu den Beratungsstellen und Frauenhäusern vor Ort auf-

gebaut und es wird eine Öffentlichkeitskampagne gestartet. Die Freischaltung ist für Ende 2012 geplant.
Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 2.12.2012

SOZIALES

Berufliche Integration von Menschen mit geistiger Behinderung. Die seit vier Jahren durchgeführte Gesamtmaßnahme „Übergang Förderschule – Beruf“ der bayerischen Integrationsfachdienste wird vorerst bis 2013 verlängert. Im Oktober 2011 waren 21 330 schwerbehinderte Menschen in Bayern arbeitslos gemeldet. Die Integrationsfachdienste bieten auch Arbeitgeberinnen professionelle Beratung von der behindertengerechten Gestaltung des Arbeitsplatzes bis hin zu finanziellen Förderungsmöglichkeiten im Falle der Ausbildung und Beschäftigung. Informationen sind im Internet unter der URL <http://www.zbf.bayern.de/integrationsamt/integrationsfachdienst/uebergang2.html> erhältlich. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom 28.11.2011*

Assistenzbörse zum Persönlichen Budget. Um Hindernisse bei der Wahrnehmung des Persönlichen Budgets zu überwinden, soll die Website www.assistenzboerse.de Angebot und Nachfrage zusammenbringen, denn in vielen Regionen fehlen individuelle und bezahlbare Unterstützungsleistungen für Budgetnehmerinnen und -nehmer. Die Website wird vom Verbund behinderter Arbeitgeber „VbA – Selbstbestimmt Leben e.V.“ in München betrieben. Noch dominieren in der Datenbank die Angebote und Nachfragen aus Bayern, doch versteht sich die Assistenzbörse als bundesweite Initiative. Neben der Stellenvermittlung gibt es auf der Website auch grundlegende Informationen zur persönlichen Assistenz. *Quelle: Der Paritätische (Kompetenzzentrum Persönliches Budget) – Newsletter vom 2.12.2011*

Umfangreiche Änderungen an Sozialgesetzen. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages hat umfangreiche Änderungen an den Sozialgesetzbüchern beschlossen. Dies betrifft unter anderem die Versicherungspflicht von Studierenden dualer Studiengänge. Diese soll einheitlich in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung und der Arbeitsförderung für die gesamte Dauer des Studiums geregelt werden. Außerdem sollen im Sechsten Sozialgesetzbuch (SGB VI) die Voraussetzungen für eine erweiterte Datenübermittlung zwischen den Meldebehörden und der gesetzlichen Rentenversicherung geschaffen werden. Insbesondere durch die Übermittlung von Daten von Wiederverheiratungen soll künftig verhindert werden, dass Hinterbliebenenrenten zu lange gezahlt werden. Ebenso wurde die Erstattungspflicht des Bundes für Rentenversicherungsbeiträge von Menschen, die in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) arbeiten, neu geregelt.

Der Bund erstatte seit Januar 2008 den WfbM keine Beiträge mehr zur Aufstockung der Rentenversicherung für Menschen mit Behinderungen im Eingangs- und Berufsbildungsbereich der Werkstätten. Stattdessen wies das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Bundesagentur für Arbeit und die Rentenversicherungsträger an, die Kosten zu übernehmen. Diese Praxis hatte ein Gericht im Jahr 2010 für unzulässig erklärt. Der ursprüngliche Gesetzentwurf sah eine rückwirkende Änderung der Regelungen zum 1.1.2008 vor, die diese Praxis nachträglich legitimiert hätte. Diese Rückwirkungsregelung hat die Koalition nun zurückgenommen. *Quelle: Heute im Bundestag Nr. 492 vom 30.11.2011*

GESUNDHEIT

Neue Internetseite für Menschen mit beginnender Demenz. Die neue Rubrik „Menschen mit Demenz“ auf der Homepage der Deutschen Alzheimer Gesellschaft (DAzG) wendet sich an Menschen, bei denen sich die Krankheit im frühen Stadium befindet und die sich darüber informieren wollen, was in dieser Situation zu tun ist. Auf der Internetseite sind unter anderem Vorträge und Erfahrungsberichte von Erkrankten sowie Literaturhinweise zu finden. Außerdem haben die Betroffenen die Möglichkeit, selbst über Erfahrungen zu berichten oder ihre Tipps an andere weiterzugeben. Die Internetseite wird nach und nach erweitert. Bei entsprechender Nachfrage wird die DAzG ein Forum für den Austausch Betroffener untereinander einrichten. Die Seite ist im Internet unter der URL www.deutsche-alzheimer.de/index.php?id=352 zu finden. *Quelle: Pressemitteilung der Deutschen Alzheimer Gesellschaft vom 7.12.2011*

Broschüre zur Patientensicherheit. Unter dem Titel „Reden ist Gold“ hat das Aktionsbündnis Patientensicherheit eine Broschüre zur Kommunikation zwischen Ärzten beziehungsweise Ärztinnen und Patienten beziehungsweise Patientinnen ins Internet gestellt. Sie enthält Ratschläge zum Umgang mit Konflikten nach Zwischenfällen sowohl bei der ambulanten als auch bei der stationären Behandlung, eine Checkliste für den Umgang mit derartigen Konflikten sowie eine Darstellung der Rechtslage. Die Broschüre ist unter der URL http://www.aktionsbuenndnis-patientensicherheit.de/apsside/Reden_ist_Gold_final.pdf abrufbar. *Quelle: Gesundheits- und Sozialpolitik Nr. 12/2011*

Gesundheitschancen von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen. Ein gesundes Aufwachsen aller Kinder ist einer der Schwerpunkte des Kooperationsverbundes „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“. Der Verbund hat in den vergangenen acht Jahren fachliche Expertise und Erfahrungen aus Praxis und Wissenschaft zur Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen in schwierigen Lebenslagen gebündelt und aufbereitet. Die Empfehlungen sind nun in einer neuen

24.1.2012 Berlin. Bundeskonferenz: Gesund und aktiv älter werden – Handlungsfelder und Herausforderungen. Information: Frau Sandra Exner, Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V., Fensckeweg 2, 30165 Hannover, Tel.: 05 11/35 00 052, E-Mail: sandra.exner@gesundheit-nds.de

27.1.2012 Dresden. Fach- und Vernetzungstag Case Management: Personen und Kompetenzen bündeln. Information: Zentrum für Forschung, Weiterbildung und Beratung an der ehs Dresden gGmbH, Frau Isabella Glaser, Dürerstraße 25, 01307 Dresden, Tel.: 03 51/46 902-40, E-Mail: sofi@ehs-dresden.de

30.-31.1.2012 Bonn. 3. Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik: Globale Lebensstile – Neue Wege für die Entwicklungspolitik. Information: lab concepts GmbH Konferenzmanagement, i.A. Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes NRW, Am Hofgarten 18, 53113 Bonn, Tel.: 02 28/24 98-110, E-Mail: bonnocode@lab-concepts.de

10.2.2011 Freiburg. Tagung: Menschenwürde und Scham in der Pflege, der Heilpädagogik und der Sozialen Arbeit. Information: Institut für angewandte Forschung, Entwicklung und Weiterbildung an der Katholischen Hochschule Freiburg, Karlstraße 63, 79104 Freiburg, Tel.: 07 61/200-14 51, E-Mail: iaf@kh-freiburg.de

10.-12.2.2012 Bad Boll. Fachtagung: Lebensqualität trotz Alzheimer und anderen Demenzerkrankungen. Information: Evangelische Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Tel.: 07 16/79-0, E-Mail: info@ev-akademie-boll.de

16.-18.2.2012 Gießen. Erste Gießener Methodenwerkstatt Bildungsforschung der Initiative Forschungsmethoden am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften. Information: Nicole Milbrett, Justus-Liebig-Universität Gießen, Zentrum für Lehrerbildung, Karl-Glöckner-Straße 5A, 35394 Gießen, Tel.: 06 41/98 44 24 45, E-Mail: Nicole.Milbrett@zfl.uni-giessen.de

22.2.2012 Leinfelden-Echterdingen. Fachtag: Wege gehen, die die Mühe lohnen – 25 Jahre Hospiz Stuttgart. Information: Hospiz Stuttgart, Staffenbergstraße 22, 70184 Stuttgart, Tel.: 07 11/23 74 153, E-Mail: info@hospiz-stuttgart.de

6.-7.3.2012 Berlin. 3. Fachkongress Qualität in der dienstlichen Fortbildung. Information: dbb akademie, Frau Christa Vißers, Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn, Tel.: 02 28/81 93-111, E-Mail: c.vissers@dbb-akademie.de

Ausgabe der Fachheftreihe der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung „Gesundheitsförderung KONKRET“ erschienen. Sie richten sich in erster Linie an kommunale Entscheidungsträger, die gesundheitsfördernde Angebote für Kinder und Familien in der Kommune implementieren wollen. Das Heft kann unter der URL: <http://www.bzga.de/infomaterialien/gesundheitsfoerderung-konkret/> heruntergeladen sowie kostenlos bestellt werden: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 51101 Köln, E-Mail: order@bzga.de. *Quelle: Newsletter Gesundheitliche Chancengleichheit vom 5.12.2011*

JUGEND UND FAMILIE

Frühkindliche Bildung bei sozial Benachteiligten.

Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages spricht sich dafür aus, die frühkindliche Bildung bei sozial Benachteiligten bei der Ausgestaltung des Betreuungsgeldes im Blick zu behalten. Es wird gefordert, von der Einführung eines Betreuungsgeldes für Eltern, die ihr Kind nicht in einer Kindertagesbetreuung unterbringen, abzusehen. Gerade für Kinder mit Lernschwächen sei der Besuch einer Kindertagesstätte wichtig, damit ihr Schulleben nicht mit erheblichen Rückschlägen beginnt. Das geplante Betreuungsgeld wirke diesen Bestrebungen jedoch entgegen. Die Ziele der frühkindlichen Bildung und der Förderung der sozialen Kompetenz würden aufgegeben. *Quelle: heute im bundestag vom 23.11.2011*

Positionspapier zur Erziehung, Bildung und Betreuung.

Eltern stehen heute vor vielfältigen gesellschaftlichen und ökonomischen Herausforderungen, die mit hohen, teils widersprüchlichen Erwartungen an ihre Alltags-, Erziehungs- und Bildungskompetenzen einhergehen. In einem jüngst vom Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) beschlossenen Positionspapier werden die Anforderungen an eine Kindertagesbetreuung formuliert, die Familien unterstützt, indem sie eine gute Erziehung, Bildung und Betreuung gewährleistet und die Bedürfnisse von Kindern und Eltern nicht aus dem Blick verliert. Das Papier kann unter der URL http://www.agj.de/pdf/5/Gute_Erziehung.pdf im Internet abgerufen werden. *Quelle: Pressemitteilung der AGJ vom 6.12.2011*

AUSBILDUNG UND BERUF

Soziale Arbeit in Gefahr. In einer gemeinsamen Erklärung warnen die Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) und die Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) vor dem Abbau und der Umwidmung von bisherigen Professuren für Soziale Arbeit und Sozialpädagogik an den Universitäten sowie dem Abbau universitärer Studiengänge und der Reduzierung entsprechender Studienschwerpunkte. Zur Wahrung der Qualität sozialer Unterstützungssysteme und der Profes-

sionalität sozialer Dienstleitungen müsse diese Entwicklung angehalten und umgekehrt werden, da die Soziale Arbeit ansonsten ihren wissenschaftlichen Nachwuchs verliere. Für die Sicherung der Sozialen Arbeit als Disziplin wie als Profession sei eine breit gefächerte akademische Verankerung notwendig, die ihrer gesellschaftlichen und beschäftigungspolitischen Bedeutung mit gegenwärtig etwa 1,5 Mio. Beschäftigten in den sozialen Berufen entspricht. Die Stellungnahme kann unter der URL <http://www.dgsainfo.de/aktuelles.html> abgerufen werden. *Quelle: Pressemitteilung der DGSA vom 7.12.2011*

Studiengang Organisationsentwicklung, Beratung und Leitung.

Das berufsbegleitende, fünfsemestrigere Masterstudium in neun Modulen beginnt im Oktober 2012 und findet in Form von Wochenendblöcken an 84 Tagen an der Evangelischen Hochschule in Ludwigsburg statt. Es werden 90 Credit-Points (ECP) und der Titel „MA Changemanagement“ vergeben. Der Studiengang hat 25 Plätze und wird an einem Informationstag am 4.5.2012 in der Hochschule vorgestellt. Die Bewerbung erfolgt online bis zum 30.6.2012, das Onlineportal ist ab dem 1.5.2012 geöffnet. Eine ausführliche Ausschreibung steht unter der URL www.eh-ludwigsburg.de/MOE im Internet. *Quelle: Pressemitteilung der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg vom 24.11.2011*

Fortbildung im Gesundheits- und Sozialwesen.

Bis zum Jahr 2025 werden im Gesundheits- und Sozialwesen aufgrund der demografischen Entwicklung voraussichtlich eine Mio. Erwerbstätige zusätzlich benötigt. Daher hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) im Auftrag der Bundesregierung und gemeinsam mit den Sozialpartnern die neue Fortbildungsordnung „Geprüfte/-r Fachwirt/-in im Gesundheits- und Sozialwesen“ erarbeitet, die am 1. Januar 2012 in Kraft tritt. Mit dieser Ausbildung werden Karrieremöglichkeiten im mittleren Management eröffnet und eine attraktive Alternative zu einem Bachelorstudium geboten. Das neue berufliche Fortbildungsangebot steht allen Absolventen und Absolventinnen von anerkannten Ausbildungsberufen sowie von bundes- und landesrechtlich geregelten Berufen im Gesundheits- und Sozialwesen offen. Die Verordnung zu der Fortbildung ist unter der URL www.bibb.de/fachwirtgesundheits abrufbar. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesinstituts für Berufsbildung Nr. 49/2011 vom 24.11.2011*